



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Wie gerecht ist Deutschland? Michael Schrodi diskutiert mit dem ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden Norbert Walter-Borjans

Berlin, 25.07.2024

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Bei einer Diskussionsveranstaltung des SPD Ortsvereins Dachau sprach Michael Schrodi, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Fürstentfeldbruck-Dachau, mit dem ehemaligen NRW-Finanzminister und SPD-Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans über eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik, neoliberale Steuermythen und Falscherzählungen.

Michael Schrodi, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kam gleich zu Beginn der Veranstaltung auf den vom „Bund der Steuerzahler“ ausgerufenen „Steuerzahlergedenktag“ zu sprechen. Konsequenterweise behauptet die Lobbyorganisation alljährlich Mitte Juli, dass bis zu diesem Tag jeder Arbeitnehmer nur für den Staat arbeite. „Das ist bewusste Irreführung“, sagt Schrodi, „denn der Staat wird als gefräßig und raffgierig dargestellt und die Gegenleistungen einfach unterschlagen, beispielsweise die gesetzliche Rente oder der medizinischen Leistungen.“

„Man kann der arbeitenden Bevölkerung die Steuern und Abgaben erlassen“, erklärte der ehemalige Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen, Norbert Walter-Borjans, „allerdings muss dann jeder seine Schule, seine Straße und auch seine Sicherheit selbst zahlen. Und einen solchen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten. Der Steuerzahlergedenktag ist ein asoziales Datum!“

Auch über die Erbschaftsteuer wurde diskutiert: „Das so genannte Häuschen von Oma ist nicht gefährdet, wie es die CSU bei jeder Gelegenheit suggeriert. Aber höchste Vermögen sind nahezu steuerlich befreit. Im letzten Jahr haben beispielsweise 26 Kinder insgesamt über sieben Milliarden Euro an Erbschaften erhalten. „Auf diese riesige Summe haben die Erben aber nur sechs Millionen Euro an Steuern gezahlt. Das ist ein Steuerrabatt von 99,7 Prozent. Das ist völlig ungerecht und nicht vermittelbar“, betont Schrodi. In der Erbschaft- und Schenkungssteuer können zudem alle zehn Jahre pro



Verschenker und Beschenkten bzw. Erblasser und Erben bis zu 400.000 Euro steuerfrei übertragen werden. „Deshalb ist das Haus der Oma nicht von der Erbschaftsteuer betroffen“, erläutert Schrodi.

Neben diesen Beispielen kamen noch weitere Fragen und Themen aus dem Publikum zur Sprache. Die sozialdemokratischen Prinzipien waren für die mehr als 50 Interessierten klar vernehmbar: Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen, mehr Geld für Klimaschutz, eine angemessene Beteiligung des einen Prozent der Höchstvermögenden. Wie die SPD ihre Ziele mit den derzeitigen Koalitionspartnern – und speziell mit der FDP – durchsetzen kann? „In dieser Legislaturperiode wird das schwierig“, so der örtliche Abgeordnete, auch mit Blick auf den aktuellen Finanzminister. „Wir arbeiten aber an Mehrheiten für eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik nach der nächsten Bundestagswahl.“